

Foto

Eigenhändige Unterschrift des Dokumenteninhabers/der Dokumenteninhaberin  
Bitte innerhalb des durch Winkel gekennzeichneten Feldes unterschreiben!

An den Magistrat der Stadt Wien - Magistratsabteilung 35

## Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels

Eingangsvermerk:  
 persönlich  
 Familienangehörige/r

### A. Art des Antrages

- Erstantrag**  **Verlängerungsantrag/Zweckänderungsantrag**  
 **Verlängerungsantrag** (weiterer Antrag)  **Zweckänderungsantrag**

- Rot-Weiß-Rot – Karte (Schlüsselkräfte)  
 Rot-Weiß-Rot – Karte plus (Inhaber von RWR-Karte oder Blaue Karte EU)  
 Niederlassungsbewilligung – ausgenommen Erwerbstätigkeit  
 Niederlassungsbewilligung – ausgenommen Erwerbstätigkeit (Familiengemeinschaft)  
 Niederlassungsbewilligung – Angehöriger  
 Niederlassungsbewilligung  
 Niederlassungsbewilligung (Familiengemeinschaft)  
 Rot-Weiß-Rot – Karte plus (Familiengemeinschaft)  
 Rot-Weiß-Rot – Karte plus (Aufrechterhaltung des Privat- und Familienlebens, Art. 8 EMRK)  
 Niederlassungsbewilligung (Aufrechterhaltung des Privat- und Familienlebens, Art. 8 EMRK)  
 Rot-Weiß-Rot – Karte plus (besonders berücksichtigungswürdige Gründe, Beiratsverfahren)  
 Niederlassungsbewilligung (besonders berücksichtigungswürdige Gründe, Beiratsverfahren)  
 Rot-Weiß-Rot – Karte plus  
 Blaue Karte EU
- Familienangehöriger von Österreicher  
 Angehöriger von Österreicher/EWR-Bürger/Schweizer  
 Daueraufenthalt – EG  
 Daueraufenthalt – Familienangehöriger

### B. Antragstellende Person

Familiennamen(n) / Nachnamen(n) (akad. Grad):

Frühere Familiennamen/Nachnamen:

Vorname(n):

Geburtsdatum:

Geburtsort, Geburtsland:

Staatsangehörigkeit(en):

Geschlecht:  männlich  weiblich

Familienstand /  ledig  verheiratet  geschieden  verwitwet

Personenstand:  eingetragene Partnerschaft  aufgelöste eingetragene Partnerschaft  hinterbliebene/r eingetragene/r Partner/in

Vorname(n) der Eltern:

Vater:

Mutter:

Art des Reisedokuments: Reisepass

Ausstellungsbehörde:

Nr.:

Ausstellungsdatum:

gültig bis:

Letzte Aufenthaltsberechtigung in Österreich:

Art:

gültig bis:

Behörde:

## C. Familienangehörige

- Die angeführten Familienangehörigen sind im Besitz eines Aufenthaltstitels für Österreich.  
 Die angeführten Familienangehörigen sind nicht im Besitz eines Aufenthaltstitels für Österreich.  
Ich nehme zur Kenntnis, dass ein Zuzug meiner Angehörigen eines jeweils eigenen Antrages bedarf.

### 1 Daten des Ehegatten/der Ehegattin bzw. des eingetragenen Partners/der eingetragenen Partnerin:

Familienname/Nachname:

Vorname(n):

Geburtsdatum:

Staatsangehörigkeit:

Vorname(n) d. Eltern:

Vater:

Mutter:

### Daten der Kinder:

2 Familienname:

Vorname(n):

Geb.dat:

3 Familienname:

Vorname(n):

Geb.dat:

4 Familienname:

Vorname(n):

Geb.dat:

5 Familienname:

Vorname(n):

Geb.dat:

6 Familienname:

Vorname(n):

Geb.dat:

## D. Derzeitiger Wohnsitz (Land, Postleitzahl, Ort, Straße, Haus-, Stiege-, und Türnummer)

## E. (Beabsichtigter) Wohnsitz (Land, Postleitzahl, Ort, Straße, Haus-, Stiege-, und Türnummer)

**Hinweis: Sollten Sie während des Verfahrens umziehen, müssen Sie der Behörde Ihre neue Adresse bekannt geben, ansonsten wird Ihr Verfahren eingestellt.**

Telefonnummer

E-Mail Adresse

## F. In Österreich verfügbare eigene Mittel zur Sicherung des Lebensunterhaltes für die Dauer des Aufenthaltes:

(z.B.: Einkommen, Geldwerte, Ansprüche, Spareinlagen, Unterhaltsansprüche - Höhe)

### Unterhaltspflichtige Person in Österreich:

Familienname:

Vorname(n):

Geburtsdatum:

Staatsangehörigkeit:

Wohnsitz:

(Land, Postleitzahl, Ort, Straße, Haus-, Stiege-, und Türnummer)

## G. Daten einer in Österreich alle Risiken abdeckenden Krankenversicherung für die Dauer des Aufenthaltes:

gültig von:

bis:

ausstellende Anstalt:

## H. Bisherige strafrechtliche Verurteilungen

(Beim Erstantrag Vorlage eines behördlichen Führungszeugnisses, nicht älter als drei Monate)

---

## I. Begründung

(bei den Titeln: Aufrechterhaltung des Privat- und Familienlebens sowie besonders berücksichtigungswürdige Gründe und besonderer Schutz)

---

## J. Integrationsvereinbarung

Drittstaatsangehörige (das sind alle Personen, die nicht EWR Bürger/innen oder Schweizer Bürger/innen sind) sind mit erstmaliger Erteilung eines Aufenthaltstitels gemäß § 8 Abs. 1 Z 1, 2, 4, 5, 6 oder 8 NAG (**Rot-Weiß-Rot – Karte, Rot-Weiß-Rot – Karte plus, Niederlassungsbewilligung, Niederlassungsbewilligung – ausgenommen Erwerbstätigkeit, Niederlassungsbewilligung – Angehöriger, Aufenthaltstitel Familienangehöriger**) zur Erfüllung des Moduls 1 der Integrationsvereinbarung verpflichtet. Der Erfüllungspflicht ist innen zwei Jahren ab erstmaliger Erteilung des Aufenthaltstitels nachzukommen. Die Erteilung einer Rot-Weiß-Rot – Karte nach § 41 Abs. 1 oder 2 (Schlüsselkräfte) gilt als Erfüllung.

Ich nehme zur Kenntnis, dass ich mit erstmaliger Erteilung eines Aufenthaltstitels zur Erfüllung des Moduls 1 der Integrationsvereinbarung verpflichtet bin.

Ich erkläre, dass mein Aufenthalt die Dauer von 12 Monaten innerhalb von zwei Jahren nicht überschreiten soll und nehme zur Kenntnis, dass diese Erklärung den **Verzicht auf die Stellung eines Verlängerungsantrages** beinhaltet.

In diesem Fall bin ich nicht zur Erfüllung des Moduls 1 der Integrationsvereinbarung verpflichtet.

Weiters ausgenommen von der Erfüllungspflicht sind Drittstaatsangehörige:

- die zum Erfüllungszeitpunkt (zwei Jahre nach Erteilung des Aufenthaltstitels) unmündig sein werden (noch nicht 14 Jahre alt sein werden)
  - denen auf Grund des physischen oder psychischen Gesundheitszustandes die Erfüllung nicht zugemutet werden kann; dies hat der Drittstaatsangehörige durch ein **amtsärztliches Gutachten** nachzuweisen
- 

## K. Abschlusserklärung

- 1.) Ich nehme zur Kenntnis, dass die **persönliche Abholung** der Aufenthaltsbewilligung durch den Antragsteller erforderlich ist (Ausnahme gesetzlicher Vertreter).
- 2.) Ich nehme zur Kenntnis, dass ich am Verfahren zur amtswegigen Erteilung eines Aufenthaltstitels gemäß §§ 44a und 69a im erforderlichen Ausmaß, insbesondere im Hinblick auf die Ermittlung und Überprüfung erkennungsdienstlicher Daten im Sinne der Abs. 4 und 5 sowie gemäß Abs. 6 mitzuwirken habe; andernfalls wäre das Verfahren **ohne Weiteres einzustellen**.
- 3.) Ich nehme zur Kenntnis, dass ich im Fall der Änderung der Zustelladresse während des Verfahrens die neue Zustelladresse unverzüglich bekannt zu geben habe. Weiters nehme ich zur Kenntnis, dass das **Verfahren eingestellt werden kann**, wenn die persönliche Zustellung einer Ladung oder Verfahrensordnung zum wiederholten Male nicht möglich ist.
- 4.) Ich nehme zur Kenntnis, dass Verlängerungsanträge **vor Ablauf der Gültigkeitsdauer** eines Aufenthaltstitels, frühestens jedoch **drei** Monate vor Ablauf einzubringen sind. Anträge, die nach Ablauf eines Aufenthaltstitels eingebracht werden, gelten als **Erstanträge** (Erstanträge sind grundsätzlich vom Ausland aus zu stellen, und die Entscheidung ist im Ausland abzuwarten).

Hinweis:

Anträge, die nach Ablauf der Gültigkeitsdauer des Aufenthaltstitels gestellt werden, gelten nur dann als Verlängerungsanträge, wenn

1. ich gleichzeitig mit dem Antrag glaubhaft mache, dass ich durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis gehindert waren, rechtzeitig den Verlängerungsantrag zu stellen, und mich kein Verschulden oder nur ein minder Grad des Versehens trifft, und
2. der Antrag binnen zwei Wochen nach dem Wegfall des Hindernisses gestellt wird; § 71 Abs. 5 AVG gilt.

- 5.) Ich nehme zur Kenntnis, dass ich eine **Verwaltungsübertretung** begehe und mit einer Geldstrafe von 50 bis zu 250 Euro, im Fall der Uneinbringlichkeit mit Freiheitsstrafe bis zu einer Woche, bestraft werden kann, wenn ich:
- eine Änderung des Aufenthaltszweckes während der Gültigkeit des Aufenthaltstitels der Behörde nicht ohne unnötigen Aufschub bekannt gebe oder Handlungen setze, die vom Zweckumfang nicht erfasst sind.
  - ein ungültiges, gegenstandsloses oder erloschenes Dokument nicht bei der Behörde abgebe.
  - zur Erfüllung des Moduls 1 der Integrationsvereinbarung verpflichtet bin und den Nachweis zwei Jahre nach Erteilung des Aufenthaltstitels nach diesem Bundesgesetz aus Gründen, die ausschließlich mir zuzurechnen sind, nicht erbringe (Ausnahme bei Verlängerung der Erfüllungspflicht gemäß § 14a Abs. 2 NAG)
  - meiner Meldepflicht gemäß §§ 19 Abs. 11 und 27 Abs. 4 nicht rechtzeitig nachkomme.
- 6.) Ich nehme zur Kenntnis, dass das Eingehen und die Vermittlung von **Aufenthaltsehen bzw. -partnerschaften**, das Eingehen und die Vermittlung von **Aufenthaltsadoptionen** bzw. die Erschleichung eines Aufenthaltstitels **gerichtlich strafbare Tatbestände** darstellen.
- 7.) Ich nehme zur Kenntnis, dass auf **begründeten Antrag von im Bundesgebiet aufhältigen** Drittstaatsangehörigen die Heilung eines Mangels
1. im Fall eines unbegleiteten Minderjährigen zur Wahrung des Kindeswohls;
  2. zur Aufrechterhaltung des Privat- und Familienlebens im Sinne des Art. 8 EMRK oder
  3. im Fall der Nichtvorlage erforderlicher Urkunden oder Nachweise, wenn deren Beschaffung für den Fremden nachweislich nicht möglich oder nicht zumutbar war,
- zugelassen werden kann.

Anzahl der Beilagen:

Ort:

Datum:

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Name und Anschrift des gesetzlichen Vertreters (für nicht eigenberechtigte Personen)

\_\_\_\_\_  
Unterschrift des gesetzlichen Vertreters

## Zusatz für Aufenthaltstitel „Rot-Weiß-Rot Karte“ für Schlüsselkräfte im Sinn der §§ 12 ff AuslBG (von der antragstellenden Person auszufüllen!)

- Besonders Hochqualifizierte
- Fachkräfte in Mangelberufen
- Sonstige Schlüsselkräfte und Studienabsolventen
- Blaue Karte EU

Ausbildungen (Berufsausbildung, Studium inkl. Angabe des Fachgebietes und allfälliger Habilitation):

Studium in Österreich:

Ausbildungsadäquate Berufserfahrung

(Dauer in Jahren):

Letztes Jahresbruttogehalt:

Forschungs- und Innovationstätigkeit (Publikationen):

Berufserfahrung in einer Führungsfunktion

(Dauer in Jahren):

Auszeichnungen:

Sprachkenntnisse:

Deutsch:	A1	A2	B1	B2	C1	C2
Englisch:	A1	A2	B1	B2	C1	C2

Profisportler/-in, Profisporttrainer/-in:

- Selbständige Schlüsselkraft

Die für die Erstellung eines Gutachtens gemäß § 24 AuslBG erforderlichen Unterlagen über den gesamtwirtschaftlichen Nutzen der Erwerbstätigkeit, insbesondere hinsichtlich des damit verbundenen Transfers von Investitionskapitals und/oder der Schaffung von Arbeitsplätzen

- sind dem Antrag beigelegt („Businessplan“)
- werden nachgereicht.

Ort:

Datum:

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

---

### Arbeitgebererklärung im Sinn des § 41 Abs. 2 NAG (nur vom Arbeitgeber auszufüllen!)

Ich erkläre hiermit, die im Antrag angegebenen Beschäftigungsbedingungen einzuhalten.

Ort:

Datum:

\_\_\_\_\_  
Firmenstempel / Unterschrift